Beschlussvorschlag:

1. *Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, zu welchem Zeitpunkt alle personellen und technischen Voraussetzungen gegeben sind, um die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Erstellung von Bebauungsplänen ergänzend zum standardisierten Verfahren auch auf der stadteigenen Internetpräsenz durchzuführen und im Planungsausschuss mitzuteilen.*

2. *Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit rechtsverbindliche Stellungnahmen von BürgerInnen und Institutionen bei der Beteiligung und bei der öffentlichen Auslegung auf elektronischem Wege (z.B. E-Mail) realisierbar sind.*